

Beschluss des Landrats vom 30.01.2025

Nr. 966

26. U-Abo: Faire ÖV-Tarife basierend auf finanzieller Situation 2024/599; Protokoll: pw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Tim Hagmann (GLP) sagt, der Regierungsrat argumentiere, dass es grundsätzlich nicht die Aufgabe sei, über den öffentlichen Verkehr sozialpolitische Probleme zu lösen. Aber genau das wird aktuell gemacht. Die heute verfolgte Politik ist nicht zielgerichtet, sondern es erfolgen via Giesskannenprinzip, unabhängig von der finanziellen Situation der Haushalte, pauschale Vergünstigungen allein aufgrund des Alters. Es gibt Menschen, die im Alter finanziell sehr gut dastehen. Es gibt Menschen, die in Altersarmut leben. Es gibt eine enorme Streuung. Das Alter alleine erklärt nicht sehr viel mehr als die Anzahl Lebensjahre. Wenn die Grösse des Kuchens fix ist, dann macht man zwangsläufig eine Umverteilung, einen Sozialtransfer von tatsächlich Bedürftigen zu denjenigen, die es nicht unbedingt brauchen. Der Regierungsrat argumentiert, dass eine Anpassung schwierig wäre. Doch jede Anpassung, die versucht, strukturelle Fehlanreize anzugehen, ist schwierig. Sozialhilfeschwellen, die zu Working-Poor-Fällen führen, sind ebenfalls schwierig zu beheben. Die Steuerprogressionssprünge, die dazu führen, dass die Leute keinen Anreiz haben, mehr, sondern weniger zu arbeiten, sind auch schwierig zu beheben. Dies gilt ebenso für die unsäglichen Fehlanreize in der Familienpolitik, die dazu führen, dass der Nutzen der kommenden Generationen von der Familie – internalisiert – getragen werden muss, aber ein Teil des signifikanten Nutzens, den die kommenden Generationen haben, externalisiert ist. Wenn etwas bewirkt werden soll, dann werden Entscheidungen nicht getroffen, weil sie bequem oder einfach sind, sondern gerade eben, weil sie anspruchsvoll sind.

Mit dem Postulat soll geprüft und berichtet werden, ob mit der aktuellen demografischen Klientelpolitik aufgehört werden kann und ob eine solche Lösung potenziell zu teuer wäre oder nicht. Tim Hagmann bittet, das Postulat zu unterstützen.

Matthias Ritter (SVP) verweist auf die Begründung, in welcher der Regierungsrat schreibe, dass Vergünstigungen von ÖV-Abos für Jugendliche bis 25 Jahre, Senioren und IV-Bezüger schweizweit üblich seien. Mit dieser beim U-Abo schon länger bestehenden Regelung sollen Familien entlastet werden. Es sei auch nicht die Aufgabe des öffentlichen Verkehrs, finanzielle Probleme zu lösen. Es bestehe bereits die Möglichkeit, sich für Unterstützung an die Sozialhilfebehörden zu wenden. Aus diesen Gründen ist die SVP-Fraktion für Ablehnung des Postulats.

Yves Krebs (GLP) hat diese Thematik auch schon öfter angesprochen. Anstatt beispielsweise jene Senioren, die Ergänzungsleistungen erhalten, mit dem U-Abo in ihrer Mobilität noch etwas stärker zu unterstützen, werden heute alle Senioren per Giesskanne unterstützt. Auch solche, die zwei Ferienhäuser und zwei Autos besitzen. Viele ältere Personen haben viel Vermögen. So gelten rund 80 % der Senioren als sehr vermögend. Von bürgerlicher Seite wird auch immer wieder darauf hingewiesen, dass das U-Abo ein hochsubventioniertes Produkt sei. Das soll auch so sein, aber die Subventionen sollten gezielt an diejenigen gerichtet werden, die sie nötig haben.

Sandra Strüby-Schaub (SP) sagt, das Anliegen des Postulats sei verständlich und könne für einen Teil der Bevölkerung tiefere ÖV-Tarife bedeuten. Die SP steht hauptsächlich für das Anliegen der Volksinitiative «JA zum bezahlbaren U-Abo» ein und erachtet die dort enthaltenen Forderungen

gen als sinnvolles Ziel. In Bezug auf den Vorstoss ist die SP-Fraktion gespalten, einige werden sich enthalten, andere werden den Vorstoss ablehnen, andere werden ihn unterstützen.

Silvio Fareri (Die Mitte) dankt dem Regierungsrat für die sehr ausführliche Stellungnahme. Das bisherige System erfolge tatsächlich über das Giesskannenprinzip und sei entsprechend wenig zielgerichtet. Dies ist unbestritten. Die Mitte-Fraktion erachtet jedoch eine kostenneutrale Ausgestaltung als unrealistisch und lehnt deshalb eine Überweisung ab.

Rolf Blatter (FDP) sagt, es gebe bereits heute verschiedene Vergünstigungen für verschiedene Altersgruppen – für Junge und Ältere – und es gebe auf den Gemeinden beispielsweise auch Tageskarten. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die ÖV-Tarife keine Verlängerung der Sozialpolitik sein sollten. Aus diesem Grund und aufgrund der bereits genannten Argumente wird die FDP-Fraktion das Postulat nicht überweisen.

Simon Tschendlik (Grüne) führt aus, die heutige Praxis folge dem Giesskannenprinzip und berücksichtige nicht, ob die betroffenen Personen tatsächlich auf finanzielle Unterstützung angewiesen seien oder nicht. Daraus entstehen Streuverluste. Sozial benachteiligte Gruppen, unabhängig vom Alter, gehen oft leer aus. Das Postulat fordert nun eine gezieltere und gerechtere Vergünstigungsstruktur, die sich den tatsächlichen finanziellen Bedürftigkeiten und Gegebenheiten anpasst. Das entspricht nicht nur einer effizienteren Mittelverwendung, sondern verfolgt auch den Verfassungsgrundsatz der Gleichbehandlung des einzelnen Individuums. Andere Kantone wie Genf und Neuenburg haben genau solche Modelle schon erfolgreich umgesetzt und die Bedürftigen werden unabhängig vom Alter entlastet. Mit den individuellen Prämienverbilligungen gibt es schon ein System, das sich etabliert und bewährt hat, und mit dem die Vergünstigungen relativ einfach verknüpft werden könnten. Es leuchtet nicht ein, weshalb ein solche Verknüpfung derart kompliziert sein soll. Sie kann doch eigentlich – nachdem sie eingerichtet wurde – weitgehend automatisiert ohne weiteren bürokratischen Aufwand erfolgen. Damit würde nicht nur die soziale Gerechtigkeit gestärkt und gewährleistet, sondern auch der öffentliche Verkehr für alle zugänglich gemacht. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt das Postulat grossmehrheitlich, weil es eine nachhaltige und sozial gerechte und effiziente Lösung verspricht, die immerhin prüfenswert ist.

Manuel Ballmer (GLP) haben einige Voten aus der rechten, finanzpolitisch-konservativen Seite erstaunt. An Rolf Blatter: Es ist klar, dass es bereits viele Subventionen gibt. Die grosse Änderung wäre, vom Giesskannenprinzip wegzukommen und dadurch Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Dies ist eigentlich ein Thema, auf das ansonsten SVP und FDP grossen Wert legen, und nun bestünde eine Option, diesbezüglich etwas zu ändern. Das Argument des Regierungsrats, dass dies sehr aufwändig und nicht möglich wäre, ist zudem sehr schwach. Schliesslich bestehen schon entsprechende Mechanismen. Manuel Ballmer denkt, eine Lösung könnte sehr schnell und *out of the box* umgesetzt werden. Am Ende des Tages würde es vielleicht sogar noch günstiger. Der Redner bittet um Überweisung.

Rolf Blatter (FDP) sagt, es sei bereits in mehr als einem Anlauf versucht worden, die CHF 25.– Subvention pro Person zu kippen. Zum ersten Mal war dies im Rahmen der Sparübungen 2015. Die versammelte Linke hatte sich dagegengestellt. Rolf Blatter gibt Manuel Ballmer im Grundsatz recht, dass die FDP dagegen sein sollte, dass mit der Giesskanne Geld an viele Leute verteilt wird und zwar auch an solche, die es eigentlich nicht brauchen. Er denkt aber, das Anliegen hätte genau so wenig Chancen, wie es schon damals hatte. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) hält die Bedürftigkeit als Kriterium für Ticketpreise für schwierig. Es stimmt, dass das Alter nicht sehr viel über die Bedürftigkeit aussagt, und insbesondere in der Seniorenkategorie hat sich in den letzten 50 Jahren viel geändert. Das Alter ist aber im Gegensatz zur Bedürftigkeit ein sehr transparentes, administrativ gut anwendbares Kriterium zur Bestimmung des Tickettarifs. Die Sozialhilfe ist in den Gemeindebudgets eine der grössten Positionen. Nun auf dieser Ebene über den Ticketpreis einen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit zu leisten, erscheint als ein schwieriger Gedanke. Vor allem, wenn es nicht nur um die Abos geht, sondern auch um die Einzeltarife. Mit anderen Worten: Es ist nicht alles falsch, was im Vorstoss steht, das heutige System ist nicht perfekt, aber es ist der falsche Ort für Sozialpolitik. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat den Vorstoss ab. Eine Lösung umzusetzen, wäre im Weiteren nicht nur schwierig, sondern beinahe aussichtslos, denn letztlich gibt es einen Tarifverbund, so dass eine Änderung eine Einigung über mehrere Kantone bedingen würde.

://: Mit 40:30 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.
